

## 11no Taller Internacional sobre Paradigmas Emancipatorios

13 al 16 de enero de 2015, La Habana

### **Panel: Estrategia imperial norteamericana, la dominación de espectro completo, el nuevo golpismo y las guerras infinitas del capital**

Contribución de Leo Mayer, Munich, Alemania

Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung isw | <http://www.isw-muenchen.de/>  
Instituto de la Investigación económica y social ecológica isw

*marxistische linke* | [www.marxistische-linke.de](http://www.marxistische-linke.de)  
*izquierda marxista,*

Liebe Companer@s,

Ich möchte zu drei Aspekten der Situation in Europa sprechen

1. Der Krieg
2. Die Krise
3. Der Widerstand und die Hoffnung

#### **Der Krieg**

*"Niemand will Krieg. Aber Nordamerika, die Europäische Union und Russland treiben unausweichlich auf ihn zu, wenn sie der unheilvollen Spirale aus Drohung und Gegendrohung nicht endlich Einhalt gebieten. ..".*

So beginnt ein Appell an die deutsche Regierung. Die Initiatoren kommen nicht aus der Friedensbewegung oder aus dem linken Spektrum. Unter diesen Personen, die diesen Aufruf an richten, befinden sich frühere Minister, Sicherheitsberater, ein früherer Präsident der Bundesrepublik Deutschland und eine früherer Regierungschef – alle aus dem konservativen und sozialdemokratischen Spektrum.

Der Krieg war bereits mit dem Krieg der Nato gegen Jugoslawien nach Europa zurückgekehrt. Heute erleben wir jedoch eine Neuauflage eines kalten Krieges und der nuklearen Blockkonfrontation gegen Russland.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat die Nato ein Land nach dem anderen integriert und ist an die Grenzen Russlands vorgerückt.

Dann haben die Vereinigten Staaten und die Europäische Union die Proteste und die Krise in der Ukraine ausgenutzt und immer weiter Öl in das Feuer geschüttet, bis die Krise in einen Bürgerkrieg umgeschlagen ist. Um die Ukraine aus dem Einflussbereich Russlands zu heraus zu lösen, wurden sogar Parteien der extremen Rechten und faschistische Parteien unterstützt und in Regierungspositionen gebracht.

Jetzt hat ein neues Wettrüsten begonnen. Mit wirtschaftlichen Sanktionen wollen die Vereinigten Staaten und die Europäische Union Russland in die Knie zwingen, die russische Wirtschaft dauerhaft schwächen und einen „regime change“ herbeiführen. Russland soll abhängig von den kapitalistischen Zentren und ihren transnationalen Konzernen werden.

Dies ist ein Aspekt der Strategie der imperialistischen Zentren, mit der sie

- ihre Vorherrschaft in der Welt gegen die aufsteigenden Schwellenländer verteidigen wollen – insbesondere gegen Brasilien, Russland, Indien, China, aber auch gegen Venezuela, Argentinien, .. .
- ihre Vorherrschaft in einer Welt behaupten wollen, die sich in Richtung einer multipolaren Welt bewegt.

Ein anderer Aspekt dieser Strategie ist das Abkommen über freien Handel und Investitionen (TTIP), das zur Zeit zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten verhandelt wird. Mit diesem Vertrag wollen sie einen einheitlichen Markt und einen transatlantischen Staatsapparat aufbauen. Europa und die Vereinigten Staaten sind bereits heute wirtschaftlich und politisch eng miteinander verbunden. US-amerikanisches Kapital ist ein Teil des Kapitals in Europa und das europäische Kapital ist ein Teil des Kapitals in Nordamerika.

In diesem Kontext steht dieses Abkommen. Es soll die Europäische Union und die Vereinigten Staaten als gemeinsamen Machtblock festigen. Der frühere Generalsekretär der Nato sagte, dass angesichts der wachsenden ökonomischen Kraft Chinas *Europa und die USA mehr denn je aufeinander angewiesen sind*. Man bezeichnet TTIP deshalb auch als „Wirtschafts-Nato“.

In Europa gibt es eine breite Bewegung der sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, linken und grünen Parteien und vielen anderen gegen TTIP. In wenigen Wochen wurden weit über 1 Million Unterschriften gegen TTIP gesammelt. Viele kommunale Parlamente haben Resolutionen gegen TTIP beschlossen.

Ich glaube, dass es zum ersten Mal ist, dass es in der Europäischen Union eine so eine breite Bewegung gibt, die gemeinsam und koordiniert auf europäischer Ebene aktiv ist.

## Die Krise

Europa befindet sich seit Jahren in einer Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Regierungen, die Europäische Kommission und die Transnationalen Konzerne nutzen die Krise, um den Neoliberalismus in der Europäischen Union zu radikalieren und einen autoritären Neoliberalismus mit Verträgen auf ewig zu institutionalisieren. Die südeuropäischen Mitgliedsländer der EU werden mit einer „Schock-Strategie“ und „strukturellen Reformen“ überrollt, um sie für den Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen.

Bedauerlicherweise ist es bisher nicht gelungen, den Widerstand gegen die neoliberale Politik europaweit zu organisieren. Ein Grund ist, dass in der Krise die Kluft zwischen den Ländern größer geworden ist.

Während in Südeuropa die Industrie zerstört wird und eine hohe und steigende Arbeitslosigkeit ist

- in Spanien 25%, Griechenland 30%;
- noch viel schlimmer ist die Jugendarbeitslosigkeit: in Griechenland und Spanien sind 60% der jungen Menschen ohne Arbeitsplatz, in Italien und Portugal 40%; (neueste Angaben der Europäischen Union)
- Griechenland ist in einer Situation der humanitären Katastrophe durch die Strukturreformen und die Bedingungen, die die „Troika“ (Europäischen Union, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds) gestellt hat,

hat in Deutschland die Industrieproduktion zugenommen und ist der höchste Beschäftigungsstand. Die Industrie in Deutschland überrollt die Nachbarländer mit Exporten und

hat jedes Jahr höhere Exportüberschüsse, während die Schulden der Nachbarn immer größer werden.

Aber auch in Deutschland gibt es einen großen und wachsenden Sektor prekärer Beschäftigung.

Eine andere Erfahrung ist, dass die politischen Institutionen resistent gegen demokratischen Druck sind: Streiks, Generalstreiks, Demonstrationen mit Hunderttausenden und Millionen Teilnehmern, Besetzungen von öffentlichen Plätzen – aber die Regierungen, konservative oder sozialdemokratische, haben sich nicht bewegt.

In dieser Situation verlieren die Institutionen der Demokratie, die Ideen der Solidarität rasant an Zustimmung. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich zu einer Krise der politischen Systeme und in vielen Ländern zu einer Krise der Linken – der sozialdemokratischen wie der kommunistischen – ausgedehnt. Mit der Anwendung neoliberaler Politik haben sich sozialdemokratische Parteien ihren traditionellen Kernschichten entfremdeten. Dort wo es starke kommunistische Parteien gab, sind diese vom Vertrauensverlust in das politische System ebenso betroffen wie die bürgerlichen Parteien. Das Vakuum wird durch die populistische und extreme Rechte gefüllt. Und auf der anderen Seite durch die extremen Islamisten.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament hat die extreme Rechte großen Zuwachs gehabt. In Frankreich und Großbritannien sind die Front National und die UKIP jeweils stärkste Fraktion geworden. Die gesellschaftliche Stimmung polarisiert sich, Desintegration schreitet voran. Ein Klima des Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit breitet sich aus.

## **Die Hoffnung**

Aber es gibt auch Hoffnung. Ausgehend von den Impulsen der Arabellion hat seit 2011 auch in Europa mit dem Widerstand in Griechenland gegen die Troika und in Spanien der Bewegung der „Empörten“ ein neuer Bewegungszyklus eingesetzt. In diesen Zusammenhängen entwickelt sich eine neue, mehrheitsfähige Linke. Eine neue Linke, die eng mit den sozialen Bewegungen verbunden ist.

Am 25. Januar sind in Griechenland Wahlen zum Parlament. Diese Wahlen sind ein historischer Moment für ganz Europa, denn die Linkspartei SYRIZA hat große Chancen, sie zu gewinnen, eine Linksregierung zu bilden und mit der neoliberalen Politik zu brechen. Der Weg der Hoffnung ist jetzt offen, nicht nur für Griechenland, sondern für ganz Europa.

Aber SYRIZA hat starke Feinde – die oppositionellen Kräfte in Griechenland, die konservativen und sozialdemokratischen Regierungen der Mitgliedsländer der Europäischen Union, die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank, den Internationalen Währungsfond, die internationalen Finanzmärkte, die Medien. Die Kampagne mit Drohungen und Erpressungen hat bereits begonnen.

Die Linke kann die Wahlen gewinnen, eine Regierung der Linken bilden, den Neoliberalismus stoppen und eine progressive Entwicklungen in ganz Europa einleiten. Sie kann! Aber sie kann nur, wenn es eine starke Unterstützung gibt. Deshalb engagieren sich die Partei der Europäischen Linken – ein Zusammenschluss von 34 linken und kommunistischen Parteien – und viele Bewegungen und Intellektuelle für eine Solidaritätskampagne mit SYRIZA.

Unsere Losung: Veränderung für Griechenland– Veränderung für Europa– Veränderung für Alle.

Beginnen wir in Griechenland – verändern wir Europa!

(Übersetzung aus dem spanischen)